**WEHRPOLITIK**

**Einiges im argen**

In der Bundeswehr, sagen FDP-Wehrpolitiker, dominieren die Kriegshandwerker. Deshalb fordern die Liberalen eine Wiederbelebung der Prinzipien der Inneren Führung und mehr Polit-Unterricht.

05.12.1976, 13.00 Uhr aus [**DER SPIEGEL 50/1976**](https://www.spiegel.de/spiegel/print/index-1976-50.html)

Jürgen Möllemann, wehrpolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion, sieht die Bundeswehr auf einem gefährlichen Weg. Spezialistentum und Waffendenken, so seine Diagnose, verdrängen immer mehr das Konzept des Staatsbürgers in Uniform. Möllemann: »Gelingt eine Rückbesinnung auf die Prinzipien der Inneren Führung nicht, ist zu befürchten, daß die Bundeswehr den geistigen Anschluß an die Umwelt verliert.«

Aufgeschreckt durch die politisch instinktlosen Bemerkungen der Fliegergenerale Krupinski und Franke über den SPD-Fraktionschef Herbert Wehner, wollen sich Möllemann und seine liberalen Wehrfreunde in den nächsten Jahren verstärkt um den geistigen Zustand der Armee kümmern. Zu lange hätten die Bonner Parlamentarier. meinen sie, den uniformgläubigen SPD-Verteidigungsminister Georg Leber gewähren und dabei den Verteidigungsausschuß des Bundestages zu einem einflußlosen Zustimmungsorgan für Waffen- und Munitionsbeschaffung verkommen lassen.

Schlimmer noch: 20 Jahre nach Gründung der neuen deutschen Armee scheint genau das eingetreten zu sein, was die Reformer von damals unter allen Umständen vermeiden wollten. Der Vater der Inneren Führung, Wolf Graf von Baudissin, 1956: »Ohne ... staatsbürgerliche Bindung werden sie keine Soldaten sein, sondern Landsknechte, d. h. Werkzeuge jedes Regimes oder Techniker der Gewalt ohne Gewissen.«

Baudissins frühe Warnung blieb offenbar ungehört: Zwar wurde die Polit-Bildung der Bundeswehr fein säuberlich in eine »Zentrale Dienstvorschrift (ZDv) 12/1« verpackt, doch die wird im Kasernen-Alltag, wenn überhaupt, nur lasch und widerwillig befolgt. Innere Führung wurde auf ein »Seid gut zu den Leuten« (Bundeswehr-Spruch) reduziert.

Der am Dienstag letzter Woche nach monatelanger Krankheit verstorbene Generalinspekteur Armin Zimmermann hat diese Entwicklung noch zu bremsen versucht. In seiner Ausbildungsweisung für 1976 ließ er Anfang des Jahres die politische Bildung zum Schwerpunkt erklären: »Die Vorgesetzten aller Ebenen haben darauf hinzuwirken, daß ihre Untergebenen mit den Zielen und Inhalten dieser Vorschrift vertraut gemacht und ihre Lehren in der Praxis angewendet werden.«

Geändert hat sich jedoch kaum etwas. Kompaniechefs und Bataillonskommandeure setzen politische Bildung nur dann noch auf den Dienstplan, wenn alle anderen Ausbildungsziele erreicht sind. In nur zehn von hundert Einheiten, ergab eine Bundeswehr-Umfrage, wird der staatsbürgerliche Unterricht so erteilt, wie es die ZDv 12/1 verlangt.

Oberstleutnant Klaus Kuhn von der Schule für Innere Führung in Koblenz: »Dieser Prozentsatz rückt in die gefährliche Nähe dessen, was man im militärischen Sprachgebrauch schlichtweg als Ungehorsam bezeichnet. Eine Dienstvorschrift ist ja ein Befehl, und wenn nur jeder zehnte Vorgesetzte diesen Befehl befolgt, liegt doch wohl einiges im argen.«

Ein »spürbares Desinteresse« an der Staatsbürgerkunde hat der Bonner Theologie-Professor Hans-Dieter Bastian, im Beirat »Innere Führung« des Verteidigungsministeriums für politische Bildung zuständig, auch in der Führungsspitze der Bundeswehr festgestellt. Die ZDv 12/1 wird laut Bastian in wesentlichen Punkten »behutsam ausmanövriert« und, wenn sie einmal stattfindet, »als Institutionenkunde traktiert«.

Der Professor illustriert seine Bundeswehr-Erfahrung mit dem Erlebnisbericht eines jungen Wehrpflichtigen: »So was von Unterricht habe ich noch nicht erlebt. 140 Mann in einem Raum. Der Unterricht frontal von vorn. Fragen? -- Lieber nicht. Denn das heißt hier: Aufstehen, Dienstgrad, Name

ein pädagogisches Trauerspiel« Schlußsatz des Rekruten: »Ich suche immer noch einen, der mich nicht mit Floskeln abspeist, sondern der mir sagt, weshalb man heute Soldat sein soll.«

Um diesen »unerträglichen Zustand« (Jürgen Möllemann) zu beseitigen, haben die FDP-Parlamentarier für die Koalitionsverhandlungen einen umfangreichen Forderungskatalog vorbereitet. Er reicht von Vorschlägen für die Ost-West-Verhandlungen über gegenseitigen Truppenabban (MBFR) bis hin zur Auflösung überflüssiger Stäbe und Kommandos. Schwerpunkt aber ist die Verbesserung der politischen Bildung.

Die Freidemokraten fordern nicht nur, die Stundenzahl für den Polit-Unterricht (im Ausbildungsplan für Wehrpflichtige bisher 60 Stunden in 15 Monaten) zu erhöhen, sondern auch die in den letzten Jahren vernachlässigte Schule für Innere Führung in Koblenz zu einer Forschungs- und Ausbildungsstätte mit modernen Unterrichtsmethoden -- Diskussionen und Gruppenarbeit auszubauen. Der Besuch dieser Schule soll außerdem für Kommandeure und Einheitsführer wieder obligatorisch werden.

Nicht zuletzt wollen die liberalen Wehrpolitiker das ganz auf soldatische Leistung ausgerichtete »Betriebsklima« in der Bundeswehr verbessern. In ihrem Papier heißt es dazu: »Dies erfordert eine Führerauswahl, welche die Fähigkeiten und Kenntnisse in Fürsorge, Menschenführung und politischer Bildung stärker berücksichtigt.«

Möllemann, der 1965/66 bei den Fallschirmjägern diente, möchte daher auch die Rechte der Vertrauensleute in den Kompanien stärken. Sie sollen nicht nur in Freizeit- und Fürsorgefragen mitreden können, sondern Mitspracherechte auch in Personalangelegenheiten und bei der Dienstplangestaltung erhalten.

Gegen solche Forderungen hat sich die überwiegend konservative Generalität stets heftig gewehrt. Sie fürchtet um das Prinzip von Befehl und Gehorsam und glaubt, durch eine Politisierung der Soldaten könnten der Zusammenhalt und die Funktionsfähigkeit der Truppe leiden. Auch Verteidigungsminister Georg Leber ("Ich will keine progressive Armee") stimmte bisher in diesen Chor mit ein.

Die FDP aber ist entschlossen, ihr Konzept in den Koalitionsverhandlungen durchzusetzen und aus den Kriegshandwerkern der Bundeswehr wieder Staatsbürger in Uniform zu machen. Möllemann: »Freiheit und Recht kann nur der tapfer verteidigen, der sie auch im Kasernen-Alltag erlebt.«

Wie notwendig die Rückbesinnung auf die Prinzipien der Inneren Führung ist, macht eine Studie deutlich, die jüngst vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr vorgelegt wurde. Danach bewertet die Mehrheit der Wehrpflichtigen die westdeutsche Streitmacht und den Soldatenberuf am Ende der Dienstzeit schlechter als zu Beginn. Fazit: »Der Bundeswehr ist es nicht gelungen, einem beträchtlichen Teil der wehrpflichtigen Soldaten Sinn und Zweck des Wehrdienstes zu vermitteln.«